Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2091

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 119. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. September 1967

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Aufkündigung der dem „liberal"-Verlag gewährten Mittel durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wegen der in Heft 6/1967 an Bundeskanzler Kiesinger geübten Kritik ein Einzelfall ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter **Felder**

Gibt der unentschuldbare Vorgang bei der bayerischen Strafanstalt Bernau auch dem Bundesminister der Justiz Veranlassung, baldmöglichst mit seinen Ministerkollegen in den Ländern eine Neuregelung des Verhaltens der Strafvollzugsbeamten bei der Flucht unbewaffneter Gefangener zu erwägen?

3. Abgeordneter **Felder**

Ist dem Bundesminister der Justiz bekannt, ob die Häftlinge in den Strafanstalten der anderen Bundesländer — entsprechend der fragwürdigen Übung in der bayerischen Anstalt Bernau — ebenfalls bei Haftantritt einen Revers unterzeichnen müssen, der Ersatzansprüche ihrer Angehörigen ausschließt, wenn sie bei einem Fluchtversuch verletzt oder getötet werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

4. Abgeordneter **Rollmann**

Was versteht die Bundesregierung in § 4 Ziff. 21 Buchstabe b des am 1. Januar 1968 in Kraft tretenden Umsatzsteuergesetzes unter einer „ordnungsgemäßen Vorbereitung" auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegende Prüfung?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter **Ertl**

Wird die Bundesregierung bei den beabsichtigten Verhandlungen mit anderen Ostblockstaaten ebenfalls auf die im Grundgesetz festgelegte Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland verzichten, so wie dies kürzlich beim Abschluß des Handelsvertrages mit der CSSR im tschechischen Vertragstext geschehen ist?

6. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist es richtig, daß sich 25 griechische Arbeitskommissionen in der Bundesrepublik aufhalten und zwar aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit amtlichen deutschen Stellen?

7. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Falls Mitglieder der in Frage 6 erwähnten Kommission bei deutschen Arbeitsämtern beschäftigt sind, welche Aufgaben haben sie?

8. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Werden durch die griechischen Arbeitskommissionen Griechen politisch überwacht?

9. Abgeordneter **Dorn**

Beabsichtigt die Bundesregierung, den in der iranischen Note vom 13. Juli 1967 enthaltenen Wunsch des Schahs von Persien zu befolgen, die Ermächtigung zur Strafverfolgung derer zu geben, die aus Anlaß des Staatsbesuches den Schah angeblich beleidigt haben?

10. Abgeordneter **Dorn**

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen deutsche Stellen, z. B. durch Unterrichtung persischer Behörden über Art und Umfang des bereits ermittelten Beweismaterials, Einfluß auf das Zustandekommen der iranischen Note genommen haben?

11. Abgeordneter **Dorn**

Treffen Pressemeldungen des Inhalts zu, daß nach Auskunft des Dekans der juristischen Fakultät der Universität Köln, Professor Dr. Klug, Staatsanwaltsbehörden bereits Ermittlungen gegen Studenten betreiben und die Betroffenen im unklaren über die Möglichkeiten der Auskunftsverweigerung lassen?

12. Abgeordneter **Dr. Schellenberg**

Wie viele Staatsangehörige europäischer Staaten mit diplomatischen Beziehungen zu ost- und südosteuropäischen Ländern wurden in diesen Ländern 1967 bei privaten und geschäftlichen Reisen verhaftet?

13. Abgeordneter **Dr. Schellenberg**

Wie hoch beliefen sich die Verhaftungen Deutscher und Staatsbürger anderer Nationalität in süd- und südosteuropäischen Staaten in den zurückliegenden Jahren?

14. Abgeordneter **Dr. Schellenberg**

Sieht die Bundesregierung eine Veranlassung, deutschen Staatsbürgern von Reisen in ost- und südosteuropäische Länder abzuraten?

15. Abgeordneter **Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller**

In welchem Verhältnis stehen die Verhaftungen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in ost- und südosteuropäischen Staaten zu Verhaftungen deutscher Staatsbürger in west- und südeuropäischen Ländern?

16. Abgeordneter **Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller**

Wie wirksam ist der Rechtsschutz durch die deutschen diplomatischen Vertretungen für inhaftierte Deutsche in west- und südeuropäischen Ländern?

17. Abgeordneter **Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller**

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in wie vielen Fällen in ost- und südosteuropäischen Ländern die Anklage wegen allgemeiner krimineller Delikte und wegen angeblich politischer Delikte erfolgte?

18. Abgeordneter **Schmidt (Hamburg)**

In wie vielen Fällen wurden Bürger der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1967 bei privaten und geschäftlichen Reisen in ost- und südosteuropäischen Staaten verhaftet?

19. Abgeordneter **Schmidt (Hamburg)**

Wie viele der in diesen Ländern verhafteten Deutschen hatten den Wohnsitz früher im anderen Teil Deutschlands und wurden den dortigen Behörden ausgeliefert?

20. Abgeordneter **Schmidt (Hamburg)**

In wie vielen Fällen wurden Besucher ost- oder südosteuropäischer Staaten, die nach positivem Recht des Gastlandes einen Straftatbestand erfüllt hatten, ohne Einleitung eines Strafverfahrens entlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter **Moersch**

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Erklärung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Tübingen: „Bis heute wurden Anträge indonesischer Studenten auf Gewährung politischen Asyls nur schleppend von deutschen Behörden behandelt."?

22. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß bei der geplanten neuen Gebührenordnung für Rundfunk und Fernsehen geringere Gebühren erhoben werden in Ortschaften, wo nur das Erste Programm empfangen werden kann?

23. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Sieht der Bundesminister des Innern keine Möglichkeit, die Richtlinien zur Durchführung der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst vom 20. Oktober 1965 (GMBl. S. 382) so zu ergänzen, daß diesem Personenkreis für die Teilnahme an Veranstaltungen, die auf Fortbildung ehrenamtlich tätiger Gemeindebeamter und Ratsmitglieder im Rahmen ihres kommunalen Aufgabenbereichs ausgerichtet sind, Sonderurlaub unter Fortzahlung der Dienstbezüge gewährt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

24. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wie steht die Bunderegierung zur gegenwärtigen Rechtslage, nach der ausländische Wertpapierfonds nicht den deutschen Aufsichts- und Publizitätsvorschriften unterliegen?

25. Abgeordneter **Dr. Apel**

Entspricht es den Tatsachen, daß viele deutsche Produzenten wegen der bevorstehenden Umsatzsteuerreform nicht in der Lage sind, für die Zeit nach dem 1. Januar 1968 feste Angebotspreise zu nennen, da sie zur Zeit nicht feststellen können, welche Preise ihnen von ihren Vorlieferanten gemacht werden?

26. Abgeordneter **Dr. Apel**

Wenn die Frage 25 bejaht wird, könnten sich daraus nicht insbesondere für unseren Export Schwierigkeiten ergeben, da es die geringen Gewinn-Margen im Außenhandel nicht zulassen, etwaige spätere Abweichungen der Inlandspreise aufzufangen und sich deshalb die Exporteure u. U. nicht in der Lage sehen, heute für die Zeit nach dem 1. Januar 1968 feste Offerten zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

27. Abgeordneter **Baier**

Ist es zutreffend, daß die Bundesanstalt für Tabakforschung in Forchheim aufgelöst werden soll?

28. Abgeordneter **Baier**

Falls die Bundesregierung auch weiterhin die Auffassung vertritt, daß der deutsche Tabakbau aus wirtschaftlichen und strukturellen Gründen erhalten bleiben soll, in welcher Weise wird dann sichergestellt, daß geeignete Forschungsergebnisse den deutschen Tabakbau auch künftig konkurrenzfähig erhalten?

29. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Trifft es zu, daß Anträge der Hauptgenossenschaft Kiel, der WLZ und der BLZ zur Bezuschussung von neu zu errichtenden Kraftfutterwerken in Brüssel zur Berücksichtigung bei der 5. Tranche in 1968 aus dem EWG-Agrarfonds bereits vorliegen?

30. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Trifft es zu, daß die Bezuschussung eines Kraftfutterwerkes in Aurich vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus dem EWG-Agrarfonds befürwortet wurde?

31. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Glaubt die Bundesregierung, daß die Anträge auf Beihilfen aus dem EWG-Agrarfonds Abt. Ausrichtung für Kraftfutterwerke in Aurich, Schierstein und Minden von besonderer regionaler Bedeutung sind und damit ein nachhaltiger Nutzen dieser Vorhaben für die Landwirtschaft gegeben ist und ferner eine Wettbewerbsverzerrung — trotz strenger Prüfung — nicht vorliegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Wird die Bundesregierung darauf dringen, daß wieder eine Kommission für Berufskrebs eingerichtet wird, deren Berichte dann aber öffentlich zugänglich sein werden, im Gegensatz zum bisherigen Verfahren?

33. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Warum ist die Kommission für Berufskrebs der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgelöst worden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 32 und 33)

34. Abgeordneter **Schwabe**

Besteht die Möglichkeit oder die Absicht, für Kühl- und Gefriermöbel Magnetverschlüsse vorzuschreiben, nachdem immer mehr und immer größere Möbel dieser Art, seien sie im Gebrauch oder ausrangiert, zur Todesfalle für spielende Kinder werden?

35. Abgeordnete **Frau Freyh**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten zur nachdrücklichen Unterstützung der Empfehlungen für einen besseren Gesundheitsschutz an Büromaschinen, die kürzlich im Auftrag der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und anderer Organisationen von einer Ärztegruppe erarbeitet wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter **Felder**

Ist dem Bundesministerium der Verteidigung ein Divisions-Befehl bekannt, der es als „stilwidrig" bezeichnete, wenn eine Reinemachefrau gemeinsam mit einem General einen Personenaufzug betritt?

37. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Sind Weisungen an die Bundeswehr ergangen, den Umfang von Weiterverpflichtungen von Soldaten zahlenmäßig herabzusetzen, um dadurch Weiterverpflichtungsprämien einzusparen?

38. Abgeordneter **Genscher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bewohner der Elberfelder Südstadt (Wuppertal-Elberfeld) wiederholt, zuletzt in der Nacht von Freitag auf Samstag, dem 18./19. August 1967, durch britische Panzerkolonnen in ihrer Nachtruhe erheblich gestört worden sind?

39. Abgeordneter **Genscher**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die verbündeten Streitkräfte in Zukunft dazu anzuhalten, daß sie vermeidbare Lärmbelästigungen der Bevölkerung unterlassen?

40. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Konsequenzen für das Unterhaltssicherungsgesetz gedenkt die Bundesregierung ggf. zu ziehen, falls es richtig ist, daß der Richter eines Münchner Amtsgerichtes in einem Verfahren wegen Fahnenflucht eines 22-jährigen Pioniers Harald B. erklärt hat:

> „Aus seiner Sicht war die Lage aussichtslos. Und wenn er das Interesse seiner Familie vor seine Pflicht gegenüber dem Volke stellt, so ist das nicht unbedingt ein verwerfliches Motiv."?

41. Abgeordneter **Mertes**

Teilt die Bundesregierung die Bedenken in dem Artikel „Spiel mit dem Feuer im Stuttgarter Luftraum" in den „Stuttgarter Nachrichten" vom 1. September 1967?

42. Abgeordneter **Mertes**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung unverzüglich zu treffen, wenn der obengenannte Artikel den Tatsachen entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

43. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der von ihr angekündigte Generalverkehrsplan bezüglich der gleichrangigen Behandlung der Verkehrsträger auf der vom Deutschen Bundestag 1961 in den Verkehrsnovellen grundsätzlich festgelegten gleichen Wettbewerbslage für alle Verkehrsträger aufgebaut sein muß?

44. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vom Bundesverkehrsminister vor einigen Wochen an die obersten Landesbehörden herausgegebene Empfehlung vor Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Lastkraftwagen und Lastzüge zum Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen bei der Deutschen Bundesbahn anzufragen, ob diese den in Frage stehenden Transport nicht durchführen kann, einen eindeutigen Verstoß gegen die Verkehrsnovellen darstellt, da damit in den garantierten echten Wettbewerb dirigistisch eingegriffen wird?

45. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das bedingte Fahrverbot für Lastkraftwagen und Lastzüge an Sonn- und Feiertagen lediglich zur Entlastung des Verkehrs an Sonn- und Feiertagen dienen soll, jedoch keinerlei wirtschafts- oder verkehrspolitische Maßnahme im Hinblick auf eine unterschiedliche Behandlung der Verkehrsträger darstellen darf?

46. Abgeordneter **Dr. Kübler**

Wie lange gelten bei Flugzeugabstürzen die nicht identifizierten Toten als vermisst?

47. Abgeordneter **Dr. Kübler**

Wie sind die Versicherungsleistungen an die Angehörigen der bei Flugzeugabstürzen im In- und Ausland Vermissten?

48. Abgeordneter **Moersch**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß die Stadt Ludwigsburg alsbald ein neues Bahnhofsgebäude erhält, nachdem in benachbarten vergleichbaren Städten Neu- und Umbauten im Gange sind?

49. Abgeordneter **Josten**

Welche Tatsachen von unbekannten Flugobjekten sind bis heute der Bundesregierung bekannt?

50. Abgeordneter **Ott**

Inwieweit entsprechen Informationen den Tatsachen, wonach die Bahnhofsgaststätten in Augsburg nicht mehr an einen privaten Pächter, sondern an die DSG verpachtet werden sollen?

51. Abgeordneter **Ott**

Billigt die Bundesregierung Absichten der Deutschen Bundesbahn, wonach Bahnhofsgaststätten nicht mehr an private Pächter, sondern an die DSG, an welcher die Deutsche Bundesbahn beteiligt ist, verpachtet werden sollen?

52. Abgeordneter **Ott**

Hält die Bundesregierung es mit einer gesunden Mittelstandspolitik für vereinbar, daß bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung die selbständigen mittelständischen Pächter von der DSG verdrängt werden?

53. Abgeordnete **Frau Freyh**	Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, um die Voraussetzungen für die technische Genehmigung der V-Bahn in Frankfurt (Main) durch den Bundesverkehrsminister abschliessend zu klären?
54. Abgeordnete **Frau Freyh**	Zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung mit der technischen Genehmigung des V-Bahn-Projekts in Frankfurt (Main)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

55. Abgeordneter **Logemann**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Dümmersee, ein viel besuchtes Erholungs- und Badezentrum des westlichen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens, vor Verschmutzung durch Abwässer so zu schützen, daß Badeverbote wegen Gesundheitsgefährdung nicht mehr notwendig werden?	
56. Abgeordneter **Logemann**	Welche wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sind notwendig, um den Dümmersee Erholungssuchenden als Bade- und Erholungsgebiet zu erhalten?	
57. Abgeordneter **Logemann**	Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern die beschleunigte Durchführung der nach Frage 56 erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und finanziell zu unterstützen?	
58. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung, besonders die Hausfrauen, darüber aufgeklärt werden, daß Teflon, das als Überzug bei käuflichen Bratgeräten für die Küche verwendet wird, bei höheren Temperaturen — etwa von 400° C an — giftige Dämpfe entwickelt, was bei versehentlichem Stehenlassen von solchen Bratgeräten auf beheizten Herdplatten geschehen kann?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Bonn, den 1. September 1967